

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 172 (2006)

Heft: 12

Artikel: Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie

Autor: Gubler, Hanspeter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-70560>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie

An der Handelsblattkonferenz «Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie» vom 18. und 19. September 2006 in Berlin diskutierten führende Vertreter aus Politik, Militär und Rüstungsindustrie über die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf den internationalen Rüstungsmarkt.

Hanspeter Gubler*

An der zum 3. Mal durchgeführten Konferenz nahmen über 200 Personen aus praktisch allen europäischen Staaten sowie aus den USA teil. Referenten waren u. a. der deutsche Verteidigungsminister Jung, sein dänischer Kollege Gade, sicherheitspolitische Referenten der NATO, der EU und des US State Departments, hohe Militärs, Spezialisten der Terrorbekämpfung sowie Vertreter wichtiger Rüstungskonzerne.

Hauptthemen waren:

- Die Zukunft des Verhältnisses zwischen USA und Europa
- Entwicklung moderner Streitkräfte – neue Aufgaben und Fähigkeiten
- Erfahrungen und Konsequenzen aus den militärischen Einsätzen in Krisenregionen und die daraus folgenden wehrtechnischen Anforderungen.
- Die Rolle der wehrtechnischen Industrie zwischen internationalen Sicherheitsfragen und wirtschaftlichem Erfolg.
- Möglichkeiten und Anforderungen für den Einsatz von Streitkräften im Innern.

Das Verhältnis NATO – EU – USA

Gemäss Aussagen des deutschen Verteidigungsministers sind NATO und EU für die Sicherheit Europas gleichermassen unverzichtbar. Beide haben unterschiedliche Profile und Kompetenzen, und deswegen dürften sie nicht in Konkurrenz stehen, sondern sollten sich gegenseitig ergänzen. Die EU müsse dort intervenieren, wo die NATO nicht das geeignete Instrument ist und wo die USA den «lead» nicht übernehmen können oder wollen (wie beispielsweise im Libanon).

Andererseits wurde von US-Seite betont, dass die unterschiedliche Organisation von EU und NATO ein grosses Problem bei der angestrebten Zusammenarbeit darstellen würde. Die NATO sei operativ ausgerichtet und könne ihre Fähigkeiten koordinieren und vor Ort agieren. Die EU dagegen sei ein asperatives Bündnis, das primär eine politische Mission verfolge. Der US-Vertreter sprach sich deutlich dagegen aus, die ESVP als Alternative zur NATO zu sehen. Aus amerikanischer Sicht werde die

*Hanspeter Gubler, Redaktor ASMZ, 3045 Meikirch.

NATO immer im Zentrum stehen. Die USA, so wurde vom Vertreter des State Departments vermerkt, brauchen auch weiterhin die NATO, genauso wie Europa die NATO künftig brauche!

Das PSO-Engagement von EU und NATO

Die aktive Teilnahme an internationalen militärischen Operationen zur Stabilisierung und Konflikteindämmung ist zu einem wesentlichen und unbestrittenen Bestandteil der internationalen und insbesondere auch der europäischen Sicherheitspolitik geworden. Im Vordergrund steht die Überlegung (und das wurde immer wieder betont), dass die europäische Staatengemeinschaft dort Unterstützung leisten soll, wo ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Sicherheit Europas besteht. Entsprechend werden die europäischen Armeen in einem Transformationsprozess mit Priorität auf Aufgaben zur Friedensunterstützung und Terrorismusbekämpfung im multinationalen Rahmen ausgerichtet.

Aus aktuellem Anlass ist natürlich der laufende Einsatz europäischer Sicherheitskräfte im Libanon (Militär- und Polizeikräfte) im Vordergrund gestanden. Die EU stellt dabei mit rund 7250 Mann den Kern der neuen UNIFIL, in der Frankreich (2000 Soldaten) und Italien (rund 3000 Mann) vorerst eine Führungsfunktion übernommen haben. Der deutsche Marineinsatz umfasst rund 2400 Soldaten bei einem Budget von rund 200 Mio. Euro. Durch den Einsatz europäischer Truppen im Libanon soll dieser Region auch der Boden für terroristische Aktivitäten entzogen werden.

Die NATO werde sich in den nächsten Jahren mit Priorität auf die Stabilisierung Afghanistans konzentrieren und dabei schrittweise mehr Verantwortung von den USA übernehmen. Andererseits, so wurde betont, werden sich die EU-Staaten politisch und militärisch mit Schwergewicht auf dem Balkan engagieren. Dies nicht zuletzt in Erwartung einer späteren Übernahme der Gesamtverantwortung auch im Kosovo.

Bei den weltweit laufenden Missionen der UNO stehen heute mehr als 70000 Soldaten im Einsatz. Vor allem in Afrika besteht aber in den nächsten Jahren ein dringender Bedarf an zusätzlichen Truppen und militärischen Mitteln.

«Afghanistan is not a mission impossible»

Diese Aussage machte der NATO-Vertreter, Dr. Jamie Shea, trotz der aktuellen Probleme in dieser Krisenregion. Auch wenn zurzeit kein Ende und keine positive Entwicklung in Afghanistan zu sehen seien, stehe der Einsatz der NATO nicht in Frage. «Wir brauchen eine politische Strategie und müssen den Blick auf ganz bestimmte Regionen lenken», führte der NATO-Experte weiter aus. Ziel müsse sein, die afghanische Armee und die afghanische Polizei langfristig in die Lage zu versetzen, selbst die Ordnung in ihrem Land aufrechtzuerhalten. Zurzeit bestehe ein Borderliner-Problem in der afghanischen Bevölkerung, die je nach Situation ihre Vorteile bei den Taliban ebenso wie bei den ISAF-Truppen suche. Dadurch werden die Wiederaufbaumasnahmen der NATO sabotiert. Shea nannte Afghanistan einen Schlüsseltest für die Transformation der NATO. Hier könne die NATO beweisen, dass sie zusammenarbeiten und agieren sowie die notwendigen Mittel zum Einsatz bringen kann. Afghanistan sei auch ein Schlüssel zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie des Drogenhandels. Wenn die NATO in Afghanistan versagt, dann betreffe dies ganz Europa. Als notwendige Schritte eines künftigen Erfolges in Afghanistan wurden u. a. genannt:

- Eine dringende Verstärkung der militärischen Präsenz am Boden.
- Die Verbesserung der militärischen Einsatzkapazitäten und -fähigkeiten.
- Mehr Klarheit bei der politischen Strategie; Fortschritte seien nur mit einer verbesserten Integration der politischen und humanitären Unterstützung vor Ort möglich.
- Ein verstärkter Kampf gegen Drogenanbau und Drogenhandel, aber mit entsprechenden wirtschaftlichen Alternativen.
- Vermehrte politische und militärische Kontakte zu Nachbarstaaten; insbesondere zu Pakistan.

Befriedung des Balkans ist die europäische Herausforderung

Eine Bilanz der europäischen Erfahrungen auf dem Balkan zog der Aussen- und Sicherheitspolitische Berater der deutschen Bundeskanzlerin, Dr. Heusgen. Mit dem Balkan verbinde Europa die schlimmsten Erfahrungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Er erinnerte daran, dass rund 200000 Menschen den Auseinandersetzungen zum Opfer gefallen seien und allein Deutschland 400000 Flüchtlinge aufnehmen musste. Es sei der NATO und den USA zu verdanken, dass diese Krise bewältigt werden konnte; ebenso wie der Krieg im Kosovo, betonte Heusgen. Wirklich handlungsfähig sei Europa erst durch den Amsterdamer Vertrag geworden und mit der Installierung

von Solana, dem «Hohen Vertreter für die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik» der EU. Während der Krisen in Mazedonien (2001) und Montenegro (2004) sei die EU gut vorbereitet gewesen und habe ihre Handlungsfähigkeit bewiesen. Durch die gute Zusammenarbeit von EU und NATO sei es schliesslich gelungen, den Balkan aus den Schlagzeilen zu bringen. Die Präsenz der EU (Bosnien-Herzegowina) und der NATO (Kosovo) sei aber weiterhin notwendig; u. a. wegen des ungeklärten Status des Kosovo sowie der fehlenden staatlichen Kontrolle in Bosnien. Die EU müsse engagiert auf dem Balkan bleiben, denn wenn wir die Probleme nicht dort lösen, würden diese unmittelbar zu uns kommen, stellte der Kanzlerberater fest. Die Bewältigung der Herausforderungen auf dem Balkan sei eine europäische Perspektive und könne nur mit Unterstützung Europas gelingen. Allerdings räumte Heusinger ein, dass die europäische Perspektive nur bei entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Bemühungen der Länder zu verwirklichen sei.

Terrorabwehr in Europa

Von verschiedenen Rednern wurde die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus betont. Die Anschläge in Madrid und London sowie die erfolgreiche Verhinderung von Terrorattacken in der letzten Zeit habe aufgezeigt, dass nicht nur eine bessere Koordination der nationalen Institutionen notwendig sei, sondern auch eine Vertiefung der internationalen Beziehungen und eine verstärkte europäische Kooperation.

«Beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus sind nationale Konzepte und Verteidigungsanstrengungen nicht mehr ausreichend – eine verstärkte europäische Kooperation ist unverzichtbar.»

Beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus seien nationale Konzepte und Verteidigungsanstrengungen nicht mehr ausreichend – dies sei die bisher grösste Erfahrung gewesen!

Der deutsche Staatssekretär Altmaier (Bundesministerium des Inneren) betonte angesichts der jüngsten vereitelten Kofferbombenanschläge in deutschen Zügen, dass die Bedeutung guter politischer Kontakte zu Staaten ausserhalb Europas und insbesondere in die Krisenregionen wichtig seien. Er lobte dabei die Zusammenarbeit mit dem Libanon; ohne diese Hilfe wären die Täter nicht so schnell gefasst worden.

Das immer stärkere Zusammengehen von Innen- und Aussenpolitik bestimme heute die Diskussionen zum Thema Homeland Security.

Künftiger Rüstungsbedarf für die Streitkräfte

Am Beispiel des Truppeneinsatzes im Irak erläuterte der Geschäftsführer der deutschen Firma Kraus-Maffei Wegmann, Frank Haun, das neue Risikoprofil moderner Streitkräfte und die daraus resultierenden Anforderungen an die Industrie. Diese Anforderungen gelten auch für militärische Operationen in anderen Krisenregionen sowie für den Einsatz militärischer Kräfte gegen den internationalen Terrorismus. Haun erinnerte daran, dass im Irak bis Mitte September 2006 bereits mehr als 2650 amerikanische Soldaten gefallen sind; über 20000 wurden bisher verwundet. Die Ursachen für diese Verluste resp. die Hauptbedrohung bilden dabei Autobomben, verdeckte Sprengsätze (sogenannte IEDs) und Selbstmordattentäter. Die erlittenen Verluste zeigen deutlich, dass der Schutz der Soldaten immer wichtiger wird. «Rüstungsindustrie wird immer mehr zum sicherheitspolitischen Partner», betonte Haun. Die Monokultur des Panzerbaus sei in den vergangenen Jahren aufgegeben worden, hin zu der Entwicklung hochgeschützter und gesamtheitlich vernetzter Sicherheitsfahrzeuge. Beispiele dafür sind die Schützenpanzerprojekte «Boxer» und «Puma».

Unter der Leitung von General aD Reinhardt, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte und früheren Kdt der KFOR, wurde in einer speziellen Diskussionsrunde über die künftige Heeresrüstung diskutiert. Bei der bedarfsgerechten Ausrüstung künftiger europäischer Landstreitkräfte sind gemäss Reinhardt folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Die Truppen des Heeres (Landstreitkräfte) werden immer mehr zum eigentlichen Träger von Auslandseinsätzen; d. h. 80 Prozent der heute im Einsatz stehenden Truppen sind Heeresstruppen.

- Einsätze im multinationalen Rahmen sind unterdessen die Regel geworden; gegen die neuen Bedrohungen sei ein Einsatz rein nationaler Streitkräfte nicht mehr vorstellbar.

- Die Zusammenarbeit und Kooperation mit militärischen Partnern, mit zivilen Organen und NGOs wird immer wichtiger.

Im Zuge der laufenden Transformation müssen im Hinblick auf die aktuellen Aufgaben die folgenden Fähigkeiten dringend verbessert werden:

- Die vernetzte Operationsführung (multinational und joint).

- Aufklärung und Informationsverarbeitung (Multisensoren und internationaler Informationsaustausch).

- Strategische Verlegung (Mittel für Luft- und Seetransporte mit u. a. Einführung des Transportflugzeuges A400M).

- Taktische und operative Mobilität (leichte, mittlere und weiterhin auch kleinere Kontingente schwerer Kräfte).

- Der generelle Schutz (Infanterist der Zukunft, geschützte Fahrzeuge).

- Abwehr gegen Raketen und Flugkörper.

«Truppen der Landstreitkräfte sind die Hauptträger laufender Auslandseinsätze in Krisenregionen – Mittel und Massnahmen zum Schutz der Truppen haben höchste Priorität»

Schlussbemerkungen

Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschliesslich des Kampfes gegen den Terrorismus sind die aktuellen Aufgaben westlicher Streitkräfte. Die militärischen Einsätze in aktuellen Krisenregionen haben in den letzten Jahren aber aufgezeigt, dass waffentechnisch überlegene und professionelle Armeen den ersehnten schnellen Sieg auf die Dauer nicht herstellen konnten. Dies betrifft u. a. die Konflikte in Afghanistan, im Irak, im Libanon und in Tschetschenien. An der Illusion vom Hightech-Krieg, von luftgestützten Präzisionswaffen und von «chirurgischen Eingriffen» mit modernen Waffen, die Kollateralschäden unter der Zivilbevölkerung vermeiden sollen, muss unterdessen gezweifelt werden. Anlässlich dieser Veranstaltung wurde denn auch von Rüstungs- und Militärspezialisten vor allem die Bedeutung moderner Luftkriegführung und die Wirkung luftgestützter Präzisionswaffen mehrmals in Frage gestellt.

Die gegnerischen Kräfte in den aktuellen Krisenregionen führen heute einen Kleinkrieg aus dem Untergrund und inmitten der Zivilbevölkerung, wobei neue Mittel und Methoden zur Anwendung gelangen. Dazu zählen Anschläge auf militärische und zivile Ziele, Geiselnahmen, Selbstmordattentate, der Einsatz von IEDs, die Nutzung der eigenen Bevölkerung als Schutzschild, Informationskrieg über das Internet usw.

Die Fähigkeit zur Teilnahme an Einsätzen zur Krisenbewältigung und Friedensunterstützung im multinationalen Rahmen ist heute bestimmender Faktor der europäischen Streitkräfteentwicklung und der Rüstungsindustrie. Dabei ist die Problematik der neuen Ausrüstungsbedürfnisse klar zum Ausdruck gekommen. Die europäische Rüstungsindustrie ist gewillt, sich trotz wirtschaftlicher Probleme auf die neuen Bedürfnisse auszurichten. ■